

Fragenkatalog Sozialpädagogische Fachkräfte Landesverband Berlin

1. Wie schätzen Sie die Bedeutung von frühkindlicher und außerschulischer Bildung für Kinder und die Verantwortung der Gesellschaft dafür ein?

Die Bedeutung frühkindlicher und außerschulischer Bildung kann kaum überschätzt werden. Frühkindliche Bildung ist das Fundament für Chancengerechtigkeit. Ihr kommt somit in unserem Bildungssystem eine besondere Bedeutung zu.

Nur intensive und individuelle Betreuung, Diagnose und Entwicklung können sicherstellen, dass die Marie Curies und Elon Musks von morgen nicht schon heute unter ihren Möglichkeiten bleiben. Wir setzen uns deshalb für starke Kindertageseinrichtungen (Kitas) und eine starke Kindertagespflege ein, die genug Zeit und Ressourcen haben, um die individuellen Potenziale ihrer Kinder zu erkennen und zu fördern. Die Qualität der Kitas lebt von der Qualität ihrer pädagogischen Fachkräfte. Deshalb sind eine angemessene Bezahlung dieser Fachkräfte sowie eine verantwortungsgerechte und nachhaltige Finanzierung der Kitas für uns unerlässlich.

2. Sehen Sie gleiche Bildungschancen für alle Kinder (in Berlin) gegeben? Wenn nicht, welche Ansätze wollen Sie und Ihre Partei verfolgen für mehr Chancengerechtigkeit?

Die Bildungsergebnisse in Berlin bleiben trotz erheblicher finanzieller Anstrengungen hinter dem zurück, was weltbeste Bildung den Kindern in der Stadt gewährleisten muss: Beste Chancen für den erfolgreichen Start in das Bildungs-, Ausbildungs- und damit letztlich Berufsleben. Es ist nicht hinnehmbar, dass Kinder beim Eintritt in die Schule nicht ausreichenden befähigt sind, dem Unterricht zu folgen und immer noch viel zu viele Kinder die schulische Bildung ohne Abschluss beenden.

Wir wollen die Schulpflicht durch ein qualifizierendes Schulvorbereitungsjahr (Vorschule) im Jahr vor der Einschulung ausweiten. Wir wollen dafür sorgen, dass Kinder ein Grundniveau an Fähigkeiten erlangen, die für den Schulbesuch notwendig sind. Neben motorischen Fähigkeiten, wie z. B. dem Halten eines Stiftes, der Benutzung einer Schere und dem Binden einer Schleife, umfasst dies die Stärkung der außerfachlichen Kompetenzen (Soft Skills), der Frustrationstoleranz, der Sprachkompetenz und des sozialen Miteinanders. Diese müssen sich im letzten Kitajahr an eindeutig definierten Lernzielen der Vorschularbeit orientieren. Für eine wirksame Bildungsarbeit mit dem einzelnen Kind ist die Anpassung der jeweiligen Fördermethode an den individuellen Entwicklungsstand unabdingbar. Wir wollen erreichen, dass die mittelbare Arbeit (u. a. Diagnostik, Beobachtungen, Elterngespräche) der pädagogischen Fachkräfte auch vollständig anerkannt wird und vollumfänglich in die Personalschlüssel einfließt.

Wir fordern die besondere Stärkung der Schuleingangsphase mittels einer Untermauerung der Entwicklungsdiagnostik für Sprachfähigkeit, Rechenfähigkeit und Selbstregulation. Dafür bedarf es verbindlicher Sprachstandardtests für alle Kinder im Alter von drei bis vier Jahren. Die Teilnahme an diesen Erhebungen ist verpflichtend, da Jahr für Jahr Hunderte Kinder durch das Raster fallen, weil die Teilnahme an den Tests nicht nachgehalten wird. Dies werden wir abstellen.

3. Wie schätzen Sie die derzeitige Situation der Kitas und die Qualität der frühkindlichen Bildung ein und welche Maßnahmen sieht ihre Partei für die kommende Legislaturperiode für den Bereich der frühkindlichen und außerschulischen Bildung vor?

Die Kitalandschaft ist seit Jahren von Mangel geprägt. Es fehlt an ausreichend qualifiziertem Personal und freien Kitaplätzen. Wir wollen für alle Kinder den bestmöglichen Platz zur Förderung ihrer kognitiven, motorischen, sozialen, sprachlichen, musischen und mathematischen Fähigkeiten bereitstellen. Deshalb wollen wir für alle Berliner Kitaträger die bestehenden verwaltungsorganisatorischen Hindernisse, denen sie derzeit bei ihrem Kitaplatzausbau ausgesetzt sind, beseitigen. Wir wollen eine bezirksübergreifende, vergleichbare Verwaltungsorganisationsstruktur, ein „Fast-Track-System“ auf Landesebene, in dem nur noch ein Genehmigungsantrag gestellt werden muss, der mit einer kurzzeitigen Bearbeitungsgarantie versehen ist. Mit diesem Kitabauprogramm stellen wir gemeinsam mit den freien Trägern eine gute Kitavielfalt sicher und stärken dadurch die Wahlfreiheit der Eltern.

Die aufwendige und zeitraubende Beantragung der Kitagutscheine seitens der Eltern soll entfallen. Stattdessen soll automatisch mit dem Ausstellen der Geburtsurkunde auch der Kitagutschein ausgestellt werden.

4. Welche inhaltlichen Vorschläge hat Ihre Partei bei der Erarbeitung eines Bundesqualitätsgesetzes für Kindertagesstätten eingebracht?

Die FDP im Deutschen Bundestag hat sich u.a. mit zwei Anträgen in die Diskussion um die Qualität der Kindertagesstätten eingebracht.

1. [Fachkräfte in der Frühkindlichen Bildung – Professionalisierung und Attraktivität des Erzieherberufs steigern](#)
2. [Update für Frühkindliche Bildungsinhalte – Den Elementarbereich als Teil der Bildungskette verankern](#)

Generell vertreten wir die Ansicht, dass die Möglichkeit des Einsatzes von Bundesmitteln aus dem sog. "Gute-Kita-Gesetz" für die Finanzierung der pauschalen Beitragsfreiheit nicht zielführend ist. In Mecklenburg-Vorpommern sind 100% der Bundesmittel in die Beitragsfreiheit für alle unabhängig vom Einkommen geflossen. Bundesweit wurden etwa ein Drittel der 5,5 Mrd. € für die Beitragsbefreiung eingesetzt. Aber: Eine "gratis-Kita" ist nicht automatisch eine gute Kita. Wichtig ist, diese Fehlanreize bei der Fortführung ab 2022 zu beheben.

5. Wie werden Sie Ihre politische Verantwortung zur Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung nutzen?

Der Grundstein dafür, dass jedes Kind seinen Lebensweg mit echten Chancen beginnt, wird noch vor der Grundschule gelegt. Insofern kommt der frühkindlichen Bildung ein besonderer Stellenwert zu. Wir als FDP setzen uns für starke Kindertageseinrichtungen (Kitas) und eine starke Kindertagespflege ein. Ziel ist es genug Zeit und Ressourcen zu haben, um die individuellen Potenziale der Kinder zu erkennen und zu fördern. Unerlässlich sind eine angemessene Bezahlung der Fachkräfte sowie die verantwortungsbewusste und nachhaltige

Finanzierung der KITAS. Ziel ist es den Mangel an ausreichend qualifiziertem Personal und Kitaplätzen zu beheben. Für alle bestehenden Fachkräfte in den Berliner Kitas braucht es hochwertige Lern- und Entwicklungsbedingungen. Daher wollen wir, dass alle Kitaleitungen eine Zusatzqualifikation zur internen Evaluation durchlaufen. Alle Fachkräfte sollen auf bedarfsorientierte, verbindliche Fortbildungen zugreifen können. Wir stellen den Anspruch, jedes Kind hinsichtlich der kognitiven, motorischen, sozialen, sprachlichen, musischen und mathematischen Fähigkeiten bestmöglich zu fördern. Deshalb wollen wir für alle Berliner Kitaträger die bestehenden verwaltungsorganisatorischen Hindernisse, denen sie derzeit bei ihrem Kitaplatzausbau ausgesetzt sind, beseitigen. Überbordende Bürokratie durch enge Verwendungskriterien und aufwendige Belegpflichten muss hierbei vermieden werden.

Wir wollen die Schulpflicht durch ein qualifizierendes Schulvorbereitungsjahr (Vorschule) im Jahr vor der Einschulung ausweiten. Wir setzen uns dafür ein, dass in jeder Kita Sprachförderung ab dem ersten Tag stattfindet. Die Finanzierung der Sprachförderung muss unabhängig von einer normierten Quote sein.

Wir wollen den „Kita-Navigator“ schnellstmöglich durch funktionierende und erfolgreich erprobte Alternativen ersetzen, um den Zugang zu und das Finden von Kitaplätzen zu erleichtern. Wir wollen eine unabhängige Ombudsstelle für den Bereich der Kindertagesbetreuung. Sie soll eine Anlaufstelle für Eltern bei Problemen und Beschwerden im Zusammenhang mit Kitas, Kindertagespflegestellen und der vorschulischen Förderung, mit der Ganztagsbetreuung in Grundschulen, mit Jugendämtern und Kitagutscheinstellen sein.

6. Zur Berechnung des Personalbedarfs in Kindertagesstätten sehen wissenschaftliche Empfehlung, wie z.B. der Bertelsmann – Stiftung, die Kenngröße der „Fachkraft-Kind-Relation“ vor, um Zeiten für mittelbare pädagogische Arbeit und Ausfallzeiten angemessen zu berücksichtigen. Wie lauten Ihre Vorschläge für eine Umsetzung der genannten Empfehlungen?

Wir als FDP gehen gegen den Fachkräftemangel im Erziehungswesen gezielt vor. Durch mehr Fachpersonal wollen wir den Betreuungsschlüssel in Berliner Kitas verbessern. Wir entwickeln den Berliner Ansatz der Kitafinanzierung weiter. In der bisherigen Mischkalkulation mit subjekt- und objektbasierten Anteilen über ein Gutscheinsystem sollen die pädagogischen Personalkosten um eine nichtpädagogische Personalkostenpauschale ergänzt werden. Die Finanzierung für dringend erforderliche kaufmännische Verwaltungskräfte zur Entlastung pädagogischer Fachkräfte wird sichergestellt. Dies setzt zudem wertvolle Stunden für die pädagogische Arbeit frei und trägt dazu bei, den Betreuungsschlüssel zu verbessern oder weitere Bildungsangebote zu schaffen.

7. Wie beurteilen Sie die bisherigen Maßnahmen gegen den massiven Fachkräftemangel und deren Auswirkungen auf die Kitas und welche konkreten Maßnahmen sehen Sie bzw. Ihre Partei vor, um dem massiven Fachkräftemangel entgegenzuwirken?

Die bisherigen Maßnahmen des Rot-Rot-Grün Senats sind keine ausreichende Antwort auf die Herausforderung der frühkindlichen Erziehung. Wir wollen die Attraktivität des Kita-Berufs verbessern. Erzieherinnen und Erzieher sollen sich auf ihre Kernkompetenz, die Pädagogik konzentrieren können und bei bürokratischen Aufgaben entlastet werden. Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger in den Erzieherberuf müssen mit einem verpflichtenden Vorbereitungskurs das notwendige pädagogische Fachwissen erwerben, um die Qualität der Betreuung zu sichern. Perspektivisch wollen wir für Erzieherinnen und Erzieher, die dies wünschen, mehr Aufstiegsmöglichkeiten schaffen, das Berufsbild auffächern und weiterentwickeln. Qualifikationen aus anderen Bundesländern sowie aus dem Ausland müssen schnell und einfach anerkannt werden.

8. Befürworten Sie eine finanzielle Angleichung der Entlohnung von Mitarbeiter*innen von freien Trägern gegenüber Eigenbetrieben (Beispiel: „Hauptstadtzulage“) und die daraus resultierende Anpassung des Kostenblatts?

Wer Kitavielfalt will, muss sie auch auskömmlich finanzieren. Die freien Träger stellen knapp 80 Prozent der Kitaplätze in Berlin und müssen daher auch in der Finanzierung den landeseigenen Kitas gleichgestellt werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verdienen für ihre Arbeit und ihren Einsatz Anerkennung, Wertschätzung, ein zeitgemäßes Arbeitsumfeld und eine leistungsgerechte Vergütung.

Gleichzeitig wollen wir es Kitas in freier Trägerschaft ermöglichen, für zusätzliche pädagogische Leistungen, die nicht über den Kitagutschein gedeckt sind, Beiträge zu erheben.

9. Vergütungen von Erzieher*innen liegen um ca. 15 % unterhalb der durchschnittlichen bundesweiten Gehälter. Unterstützen Sie die Forderung der Gewerkschaften, die Vergütungen von Erzieher*innen erheblich zu erhöhen -denkbar wäre der bundesdeutsche Vergütungsdurchschnitt?

Siehe auch Antwort zu Frage 8.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat angesichts der finanziellen Herausforderungen durch die Pandemie am 10. Mai erklärt: „Der Kassensturz wird kommen. Aber an der Bildung dürfen wir nicht sparen.“

Diese Haltung bestätigt unsere Prioritäten. Die Tarifautonomie legt die Verständigung über die Höhe von Löhnen und Gehältern in die Hände der Tarifparteien. Dort, wo die öffentliche Hand Verhandlungspartnerin als Arbeitgeberin ist, wird sie nicht umhinkommen, die Bindung und Gewinnung von leistungsgerecht entlohntem Fachpersonal im Licht der Haushaltssituation zu beleuchten und mit Blick auf z.B. die Lebenshaltungskosten in Berlin einzuordnen.

10. Wie bewerten Sie das derzeitige Kita-Finanzierungssystem in Berlin und sehen Sie Änderungsmöglichkeiten, damit Zeiten für Eingewöhnung und Integrationsarbeit angemessen berücksichtigt werden.

Siehe auch Antwort zu Frage 6.

Die bisherige Finanzierung von Kitas muss den aktuellen Herausforderungen gerecht werden. Daher setzen die FDP sich auf Bundesebene für eine Finanzierung ein, die auf folgenden drei Säulen steht:

- Sockelbetrag entsprechend der Größe der Einrichtung
- Bildungsgutscheine, die pro Kind einen Zuschuss gewähren
- „German – Dream“ Zuschuss für Kinder mit niedrigem sozioökonomischen Status

Die Attraktivität des Erzieherberufs muss gestärkt werden. Daher schlagen wir vor, dass die Ausbildung zur Fachkraft im Bereich der frühkindlichen Bildung bundesweit nicht nur schulgeldfrei erfolgt, sondern auch angemessen vergütet wird. Hierzu müssen auch Zeiten für Eingewöhnung und Integrationsarbeit berücksichtigt werden.

11. Welchen zusätzlichen Platzbedarf / Ausbau von Einrichtungsplätzen im Kita-Bereich erwarten Sie zukünftig und mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei das ermöglichen?

Der Rechnungshof von Berlin hat in seinem Jahresbericht 2020 deutliche Fragezeichen hinter die Prognosefähigkeit der Landesverwaltung auch zum Bedarf an Bauaktivitäten gesetzt. Experten zufolge fehlen Betreuungsplätze im fünfstelligen Bereich (bis zu 26.000).

Unabhängig von der konkreten Zahl einer möglicherweise nach der Krise wieder wachsenden Stadt ist unbestritten, dass weiter in die Kita-Infrastruktur investiert werden muss. Der tatsächliche Bedarf muss auf der Grundlage einer belastbaren Bevölkerungsprognose eingeschätzt und auch unter Einbeziehung des unverzichtbaren Engagements freier Träger gedeckt werden. Hier ist Engagement, Realismus und Weitsicht auch bei der Einstellung entsprechender Haushaltsmittel gefordert.

12. Viele Kindertagesstätten, insbesondere die sog. Kinderläden, sind zunehmend von Kündigung der Mietverträge bedroht. Welche Lösungen sehen Sie vor, um den Verlust von wichtigen innerstädtischen Einrichtungen zu verhindern?

Wir werben für angemessene Lösungen im Dialog mit den Vermietern. Die Existenz einer leistungsfähigen Infrastruktur im Bereich der schulischen und vorschulischen Einrichtungen ist ein wichtiger Faktor für die wohnortnahe Versorgung von Familien und damit von großem Wert für die Lebensqualität in den Berliner Kiezen.

Damit der Konkurrenz zwischen Gewerbeflächen und Wohnungen begegnet werden kann, werden wir Lösungen mit Eigentümern und Eigentümerinnen sowie Projektentwicklerinnen und Projektentwicklern finden, um z.B. reine Einkaufszentren durch Umbau, Neubau und

Ausbau in eine Mischnutzung aus Wohnen, Gewerbe, sozialer Infrastruktur und Kultur zu überführen. So können Kiezstrukturen verbessert werden, und die Nahversorgung kann stärker gelebt werden. Außerdem ist die Ansiedlung von vielfältigen Projekten und Mischnutzungen auf immer knapper werdenden Flächen eine Möglichkeit, lebenswerte Kieze zu erhalten und neu zu kreieren.

In der Konkurrenz um nutzbare Flächen kommt Berlin nicht um eine mietensenkende Neubauoffensive herum. Sie muss von der Nutzbarmachung von Baulücken, Erschließung bebaubarer Flächen, von der Aufstockung bestehender Gebäude und auch dem Ausbau von Dachgeschossen begleitet werden, um die Preise von Gewerbe- und Wohnmieten zu stabilisieren, die auch den Kostendruck für die unverzichtbare soziale Infrastruktur beeinflussen.

Dazu braucht es auch eine beschleunigte Bearbeitung von Bauvorhaben, die Auflösung von Blockaden und die Beseitigung kostensteigernder Bauhemmnisse durch eine Überprüfung der Auswirkungen bürokratischer Vorgaben auf die Mietpreise (Mieten-TÜV) und den zielgerichteten Einsatz des Personals in den zuständigen Genehmigungsbehörden.

13. Wie werden Sie Ihre politischen Möglichkeiten nutzen, um sich für eine größere gesellschaftliche Anerkennung der sozialpädagogischen Fachkräfte einzusetzen?

Die Pandemie hat die Bedeutung der sozialpädagogischen Fachkräfte wie aller sozialen Berufe deutlich unterstrichen und zu Bewusstsein gebracht. Ergänzend braucht es attraktive Arbeitsbedingungen, eine hochwertige Aus- und Fortbildung, transparente und anspruchsvolle Aufstiegsmöglichkeiten, wertschätzende Kommunikation zwischen der Verwaltung und den sozialen Dienstleistern sowie die beschriebenen Anpassungen der Bezahlung, die individuelles Engagement und Qualifikation belohnen.

14. Die Beteiligung der sozialpädagogischen Fachkräfte an der Gestaltung der Berliner Kita-Landschaft wurde bisher im Gegensatz zur Beteiligung der Träger oder Eltern nur unzureichend berücksichtigt. Wie setzen Sie sich dafür ein, dass zukünftig Berufsverbände stärker in den relevanten Gremien und Ausschüssen beteiligt werden und welche weiteren Möglichkeiten?

Keiner weiß mehr als alle. Kluge Politik entsteht im Austausch und Ausgleich der Interessen. Deshalb gehört es zur Aufgabe der Politik, sich ein breites Bild der unterschiedlichen Akteure und Anliegen eines Themengebietes zu verschaffen. Dazu tragen der informelle und formelle Austausch im Parlament, durch Eingaben, Petitionen und Expertenanhörungen bei. Die Senatsverwaltung ist gut beraten, politischen Vorhaben in einer frühen Phase ihrer Entwicklung mit den vorhandenen Interessenträgern zu erörtern. Dazu dienen die offiziellen und inoffiziellen Foren der Partizipation, die immer darauf überprüft werden sollten, die Breite der Interessenlagen abzubilden.

15. Welche Maßnahmen für einen sicheren Betrieb der Kitas für Kinder und Beschäftigte müssen in Bezug auf steigende COVID 19–Inzidenzen nunmehr dringend ergriffen werden und wie sieht die langfristige Strategie ihrer Partei dazu aus?

Die Belange der Kinder sowie der Beschäftigten in Kitas wurden erst viel zu spät von den Verantwortlichen in Regierungsverantwortung berücksichtigt. Inzwischen ist allen Kundigen klar:

Kinder brauchen den unmittelbaren und persönlichen Kontakt zu Gleichaltrigen und die Bindung zum Betreuungspersonal, um sich entwickeln und selbst definieren zu können. Durch die lange Schließung von Einrichtungen haben psychische Auffälligkeiten bei Kindern zugenommen (Ess-, Angst- sowie Konzentrationsstörungen). Diese Folgen müssen von der Politik berücksichtigt werden. Um erneute Schließungen zu verhindern, muss ausreichend getestet werden und ggf. angemessen und präzise reagiert werden.

Die Einrichtungen müssen weiter so ausgestattet werden, dass sie den verantwortungsbewussten Regelbetrieb unter Berücksichtigung bewährter hygienischer Standards und auf Sicht weiter notwendigen Testroutinen gewährleisten können. Die Situation wird aktuell durch die erfreulich steigende Anzahl geimpfter Beschäftigter und Familienangehöriger der Kinder begünstigt. Vor diesem Hintergrund ist die Inzidenz nicht mehr als der alleinbestimmende Faktor zur Beurteilung der pandemischen Situation anzusehen.

16. Erzieher*innen unterliegen hohen gesundheitlichen Belastungen; hohe Lärmbelastung, psychischen Belastungen und Atemwegs – sowie Muskel – und Skeletterkrankungen sind kennzeichnend. Bisherige Gesundheitsförderungsprogramme explizit für Erzieher*innen existieren nicht. Auch bei der Anerkennung von einschlägigen Berufskrankheiten werden gesundheitliche Beeinträchtigungen von Erzieher*innen existieren nicht. Auch bei der Anerkennung von einschlägigen Berufskrankheiten werden gesundheitliche Beeinträchtigungen von Erzieher*innen selten anerkannt. In welchem Maße setzen sie sich dafür ein, dass Gesundheitsförderung und Anerkennung von Berufskrankheiten verstärkt für Kita-Personal angeboten werden kann?

Die Ahnungslosigkeit der Bundesregierung ist in dieser Hinsicht in der Tat erschreckend. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage (<https://dserver.bundestag.de/btd/19/174/1917412.pdf>, vgl. Antwort auf Frage 9) wird dies deutlich. Entsprechend fordern wir in unserem Antrag (<https://dserver.bundestag.de/btd/19/267/1926780.pdf>) direkt als erstes, " umgehend und unter Einbeziehung der Bundesländer und Kommunen eine Analyse der Gesundheitssituation von Fachkräften in der Frühkindlichen Bildung auf wissenschaftlicher Basis zu initiieren,

- a. diese Analyse regelmäßig alle zwei Jahre durchzuführen,

b. diese Analysen dem Deutschen Bundestag zuzuleiten;"

Ob eine Erkrankung als Berufskrankheit anerkannt werden kann, entscheiden die gesetzlichen Unfallversicherungsträger. Dies sind die gewerblichen Berufsgenossenschaften (für Beschäftigte in privaten Wirtschaftsunternehmen) und die Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand, z.B. Unfallkassen (für Beschäftigte von Bund, Ländern und Gemeinden). Demnach wäre auf Grundlage der geforderten regelmäßigen Evaluation der gesundheitlichen Situation eine Änderung der BKV zu erwägen und bei entsprechender empirischer Datenlage Berufskrankheiten von Erzieherinnen und Erziehern aufzunehmen.